

(A)

(C)

(B)

(D)

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 34 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten  
Wolfgang Wieland, Volker Beck (Köln), Kai  
Gehring, weiterer Abgeordneter und der Fraktion  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Mehr öffentliche Sicherheit durch weniger  
private Waffen**

– Drucksache 17/2130 –

Überweisungsvorschlag:  
Innenausschuss (f)  
Rechtsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die  
Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. – Ich höre  
keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich die De-  
batte eröffne, möchte ich darauf hinweisen, dass Bürge-  
rinnen und Bürger des „Aktionsbündnis Amoklauf  
Winnenden“ und der Initiative „Keine Mordwaffen als

**Vizepräsidentin Petra Pau**

- (A) Sportwaffen“ diese Debatte hier heute verfolgen. – Ich begrüße Sie!

Ich eröffne die Debatte. Das Wort hat Wolfgang Wieland für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Meine Damen und Herren! Der heutige Morgen war selbst für einen alten Fahrersmann wie mich kein normaler Morgen. Vertreter der beiden genannten Initiativen waren da. Es waren Eltern von ermordeten Schülerinnen und Schülern da, es waren Lehrer da, es waren aber auch Menschen da, die sich engagieren, zum Beispiel Autoren und Schauspieler aus Erfurt, die sagen: Das geht auch uns etwas an; das geht die ganze Gesellschaft an. Im *Erfurter Appell* haben sie Folgendes formuliert – ich möchte daraus vortragen –:

Neun Schüler, drei Lehrerinnen und drei Passanten sind am 11. März 2009 beim Winnender Schulmassaker erschossen worden, mit einer Sportwaffe. Schon nach dem Schulmassaker in Erfurt (2002) hatten Bundesregierung und Bundestag ausreichend Zeit, den Besitz von tödlichen Waffen für den Schießsport zu unterbinden. Wir brauchen kein halbherzig geändertes Waffengesetz. Wir wollen ein Verbot von Mordwaffen als Sportwaffen – sofort.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Die Winnenden haben das präzisiert:

Unser Appell lautet:

Generelles Verbot großkalibriger Waffen für Privatpersonen  
Verbot für Faustfeuerwaffen in privaten Haushalten

Ich weiß, wie groß die Betroffenheit in diesem Haus nach Winnenden war; ich habe es selbst erlebt. Ich weiß, dass das Entsetzen bei allen Fraktionen echt und ungekünstelt war. Ich sage aber auch, und das meine ich ganz ernst: Wir sind hier nicht primär eine Versammlung von Trauernden. Wir sind der Gesetzgeber. Gerade die Eltern haben sofort und seitdem unermüdlich an uns appelliert und uns gemahnt. Sie haben gesagt: Wir wollen Handlung sehen, wir wollen Taten sehen,

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Haben wir ja auch!)

wir wollen die größtmögliche menschenmögliche Sicherheit haben, dass es nach Erfurt und Winnenden nicht einen dritten entsprechenden Amoklauf gibt. Ich denke, das alles sind wir ihnen schuldig. Wir müssen handeln.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Wir als Grüne haben hier einige Vorschläge vorgelegt, über die wir, denke ich, gründlich debattieren werden. Wir fordern als Sofortmaßnahme, dass in einem Haushalt nicht mehr Waffen und Munition gleichzeitig vorhanden sein dürfen. Es ist ein kleiner Schritt, das zu tren-

nen, aber wenn nicht beides im Haushalt ist, kann der Täter nicht damit losstürmen. (C)

Wir fordern vor allem, dass der Besitz bestimmter Waffen, von denen wir der Ansicht sind, dass sie eigentlich nicht zum Schießsport gehören, nämlich großkalibrige Kurzwaffen und halbautomatische Waffen, verboten wird. Mit diesem Verbot würden wir niemanden diskriminieren, da diese Waffen nicht zum Schießsport gehören. Wir freuen uns, dass eine Organisation wie der Bund Deutscher Kriminalbeamter dies genauso sieht und den *Erfurter Appell* mit unterschrieben hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Schließlich und endlich: Bei geschätzten 12 Millionen Waffen in Privathänden, davon circa 10 Millionen legal – die Dunkelziffer kann man nur schätzen –, muss es so etwas wie eine allgemeine Volkswaffenung geben. Wo leben wir denn, dass so viele Waffen in unseren Wohnungen, in unseren Häusern sind? Die zum Jahresende abgelaufene Amnestie war richtig. Wir fordern ihre Verlängerung. Wir wollen mehr Kontrollen. Wir sagen: Ohne Kontrollen geht es nicht. Das müssen die Länder bewerkstelligen. Wir wollen aber auch deutliche Maßnahmen des Gesetzgebers.

Für mich ist das alles eigentlich keine Frage der Innenpolitik, schon gar nicht des Waffenrechts. Für mich ist es schlicht eine ethische Frage, wie viel Sicherheit wir unseren Kindern bieten wollen. Deswegen hoffe ich, dass der Appell der Eltern, der Appell der Initiativen hier weite Kreise zieht, auch über uns Innenpolitikerinnen und Innenpolitiker hinaus, und dass sich das ganze Haus ernsthaft und gewissenhaft mit dieser Frage befassen wird. (D)

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Kollege Günter Lach für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

**Günter Lach (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe erfahren, dass heute an dieser Sitzung auch Angehörige der Opfer aus Winnenden teilnehmen. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um Ihnen auch heute noch, über ein Jahr nach der Tat, mein tiefes Mitgefühl auszusprechen. Ich wünsche Ihnen weiterhin viel Kraft und Stärke, um diese Geschehnisse zu verkraften. Vergessen wird man sie nie.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Deutsche Bundestag hat im Februar 2008 eine Novelle des Waffengesetzes verabschiedet, die einen wichtigen Beitrag zur

## Günter Lach

- (A) Verbesserung der inneren Sicherheit geleistet hat. Insbesondere die schrecklichen Vorfälle von Winnenden und Erfurt wurden zum Anlass genommen, mit der Änderung des Waffengesetzes einen Beitrag zur Eindämmung der Gewaltkriminalität zu leisten. Hier wurde besonders deutlich, wie verheerend die Auswirkungen sein können, wenn Waffen und Munition durch unsachgemäße Aufbewahrung in gewaltbereite Hände gelangen. Daher unterstütze ich als aktiver Sportschütze die getroffenen Maßnahmen ausdrücklich.

Mit den Änderungen des Waffengesetzes wird insbesondere Jugendlichen der Zugang zu Waffen erschwert. Ebenso stellen sie sicher, dass nur Berechtigte Zugang zu Waffen haben. Mit der Novelle des Waffenrechts kann vor Ort bei privaten Waffenbesitzern nun verdachtsunabhängig überprüft werden, ob die sichere Aufbewahrung von Waffen und Munition gewährleistet ist. Künftig muss die sichere Aufbewahrung bereits bei der Antragstellung für eine Besitzerlaubniskarte nachgewiesen werden. Damit hat der Waffenbesitzer jetzt eine Bringschuld gegenüber der Waffenbehörde. Er muss vorher anzeigen, dass die Waffen ordnungsgemäß gelagert werden. Das ist gut und richtig so.

Dabei gilt weiterhin der Grundsatz, dass gegen den Willen des Waffenbesitzers die Wohnung nur bei Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung betreten werden darf. Jeder verantwortungsbewusste Sportschütze und Jäger wird die Prüfung vor Ort gern unterstützen und den Zugang zu den Aufbewahrungsräumen ermöglichen. Denn eine mehrfache Verweigerung der Kontrolle entspricht nicht dem Wesen der meisten Waffenbesitzer, Sportschützen und Jäger. Die zuständige Behörde kann dann von seiner Unverlässlichkeit ausgehen, wenn die Verweigerung mehrfach wiederholt wird, so dass die waffenrechtliche Erlaubnis widerrufen wird. Die Waffen können eingezogen und auch der Vernichtung zugeführt werden.

(B)

Ein weiterer wichtiger Baustein zur Gewährleistung der Sicherheit ist die Umsetzung der EU-Vorgabe zur Errichtung eines zentralen elektronischen Waffenregisters. Ich befürworte ausdrücklich, dass die Bundesregierung dieses Register bis Ende des Jahres 2012 einführen will, zwei Jahre vor Ablauf der in der EU-Waffenrichtlinie vorgegebenen Frist. Das computergestützte Waffenregister vernetzt zukünftig die Informationen der 577 Waffenerlaubnisbehörden in den Ländern und kann genaue Informationen über die Anzahl der Besitzer von legalen Waffen und Schusswaffen in Deutschland bereithalten.

Diese Information ist besonders für die Arbeit der Polizei von großer Bedeutung. Bei Amoklagen, in Einsätzen und zur Gefahrenabwehr kann sie so wichtige Informationen über möglichen Waffenbesitz gewinnen und entsprechende Maßnahmen ergreifen. Dies sind gute Gründe, die Einführung eines nationalen Waffenregisters voranzutreiben. Ich kann Ihnen versichern, dass Sie bei den Sportschützen und Jägern in unserem Land große Unterstützung finden werden.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind doch nicht der Klassensprecher von denen!)

Seit Einführung des kleinen Waffenscheins ist die Zahl der im Zusammenhang mit strafrechtlichen Delikten sichergestellten Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen um mehr als die Hälfte zurückgegangen. (C)

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben jetzt schon mehr als vier Minuten das Thema verfehlt!)

Die Notwendigkeit zur Einführung der Erlaubnispflicht auch für diese Waffen ist daher nicht offensichtlich.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ihnen nicht!)

In der Vergangenheit kam es immer wieder zu Polizeieinsätzen, weil Anscheinwaffen für echte Schusswaffen gehalten wurden. Mit dem Verbot des Führens von Anscheinwaffen wurde auch im Waffengesetz darauf reagiert. Dies betrifft sämtliche Schusswaffen, die nach ihrer äußeren Form den Anschein von Feuerwaffen hervorrufen. Ausgenommen sind solche Gegenstände, die erkennbar zum Spiel oder für Brauchtumsveranstaltungen Verwendung finden oder bestimmte Teile historischer Sammlungen sind. Auch die Verwendung bei Foto-, Film- und Fernsehaufnahmen sowie bei Theateraufführungen bleibt weiterhin erlaubt. Um eine Umgehung dieser Vorschrift zu unterbinden, ist der Transport von Anscheinwaffen künftig nur in einem verschlossenen Behältnis erlaubt.

Als langjähriger Kreisvorsitzender der Kyffhäuser Sportschützen in meiner Heimat weiß ich aus eigener Erfahrung,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wovon reden Sie eigentlich die ganze Zeit?) (D)

wie umsichtig und verantwortungsbewusst die Sportschützen mit ihren Waffen umgehen. Ebenso wie die Jäger werden die Schützen in Deutschland eingehend geschult und geprüft. Sie kennen die Gefährlichkeit ihres Sportgeräts und pflegen einen entsprechend aufmerksamen Umgang damit.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darum geht es gar nicht!)

Wofür Sie keine Unterstützung bekommen werden, sind die Vorschläge des vorliegenden Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie schießen über das Ziel hinaus

(Frank Hofmann [Volkach] [SPD]: Wieland schießt nicht!)

und stellen Schützen und Jäger unter Generalverdacht.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sprechen Sie für die CDU oder für die Sportschützen? Oder ist das identisch?)

Ich kann nur davor warnen, bei den Schützen und Jägern weitere Einschränkungen vorzunehmen. Insbesondere Bestrebungen, eine Waffenlagerung an zentralen Stellen einzuführen, sind eine Einladung zum Diebstahl. Einen praktikablen und der Sicherheit dienenden Vor-

**Günter Lach**

- (A) schlag, wo die Waffen von Privatbesitzern gelagert werden können, bleibt dieser Antrag allerdings schuldig.

Die von den Grünen geforderte Verbannung von Waffen aus privaten Haushalten ist kein Allheilmittel. Es kann nicht darum gehen, einen Sport zu unterbinden,

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welchen Sport denn?)

der in unserer Tradition fest verankert ist und durch ehrenamtliche Arbeit getragen wird.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er wird ja nicht in der Wohnung ausgeübt!)

Dabei denke ich besonders an die großen internationalen Erfolge im Schießsport. Deswegen verahre ich mich in aller Deutlichkeit gegen eine Vorverurteilung. Für mich geht es vielmehr darum, die steigende Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft unter die Lupe zu nehmen.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sind Wahrscheinlichkeitsberechnungen!)

Es scheint ganz normal zu sein, wenn das Eigentum anderer beschädigt wird. Es ist fast alltäglich, dass Konflikte nicht mehr verbal geregelt werden, sondern immer häufiger mit Gewalt als Mittel zur Verdeutlichung des eigenen Standpunktes.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Wer sagt das denn?)

- (B) Besonders deutlich zeigt dies auch die Zunahme von Gewalt gegenüber unserer Polizei. Erst am letzten Wochenende kam es bei einer Demonstration in Berlin zu Verletzungen durch Sprengsätze.

(Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich! – Jerzy Montag [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Peinlichkeit! – Weitere Zurufe von der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Beamten kamen nur mit Glück glimpflich davon.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Debatte darüber war am Mittwoch!)

Die Täter haben mit selbstgebauten Sprengsätzen die Tötung von Polizeibeamten billigend in Kauf genommen. Wenn darunter die Ausübung des Demonstrationsrechts verstanden wird, sehe ich eine erhebliche Schiefelage in unserer Gesellschaft.

(Niema Movassat [DIE LINKE]: Sie haben das Thema verfehlt!)

Jeder Einzelne von uns ist gefordert, die Unversehrtheit eines jeden zu achten und damit für öffentliche Sicherheit zu sorgen und sie zu gewährleisten.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann fangen Sie mal an, zum Thema zu reden!)

- (C) Es gilt, in unserer Gesellschaft Werte wie Respekt und Toleranz wieder in den Vordergrund zu stellen. Dazu müssen wir alle beitragen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war eine der Sternstunden im Deutschen Bundestag! Damit werden Sie vielleicht Kreisvorsitzender der Sportschützen, aber sonst nichts!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollege Lach, das war Ihre erste Rede im Deutschen Bundestag, und Sie haben es geschafft, sofort Kontroversen hervorzurufen. Für die weitere Arbeit wünschen wir Ihnen Erfolg.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Das Wort hat die Kollegin Gabriele Fograscher für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Gabriele Fograscher (SPD):**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor mehr als einem Jahr tötete ein 17-Jähriger in einer Schule in Winnenden und später auf der Flucht in Wendlingen insgesamt 15 Menschen und dann sich selbst. Nach den polizeilichen Ermittlungen gehörte die halbautomatische großkalibrige Kurzwaffe, die für diese grausame Tat verwendet wurde, dem Vater des Täters, der diese Waffe als Sportschütze legal besaß. Der Vater hatte die Waffe nicht ordnungsgemäß und nicht entsprechend den Vorschriften des damals schon gültigen Waffenrechts verwahrt. (D)

Dieser schreckliche Amoklauf war Anlass für uns, damals in der Großen Koalition, über Änderungen des Waffenrechts nachzudenken, aber uns war bei allen Diskussionen auch damals klar: Allein mit gesetzlichen Regelungen im Waffenrecht können wir Amokläufe nicht verhindern; wir können und müssen alles versuchen, sie zu erschweren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Die Motive, die den Täter in Winnenden zu seiner entsetzlichen Tat gebracht haben, werden wohl nie ganz aufgeklärt werden. Fahrlässigkeit und Verantwortungslosigkeit im Umgang mit Waffen, das familiäre und soziale Umfeld des Täters, Gewaltfantasien, gespeist durch Medienkonsum, und psychosoziale Gründe wie vermeintliche Kränkungen und Frustrationen kommen zusammen. Der Griff zur Waffe ist der letzte schreckliche Akt einer verstörenden Vorgeschichte.

Wir haben im Bundestag, in den Landesregierungen und in den Landesparlamenten intensiv über zahlreiche Vorschläge und mögliche Änderungen im Waffenrecht diskutiert. Wir haben Sachverständige angehört, unter ihnen Staatsanwälte, Vertreter von Verbänden und auch Vertreter des „Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden“. Wir haben nach eingehenden Beratungen sinnvolle

**Gabriele Fograscher**

- (A) Änderungen vorgenommen, die – und das ist wahr – das berechnigte Interesse der Bevölkerung an Sicherheit, aber auch das berechnigte Interesse von legalen Waffenbesitzern wie Sportschützen und Jägern berücksichtigen.

Bereits im März letzten Jahres haben Sie von Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag mit dem Titel „Abrüstung in Privatwohnungen – Maßnahmen gegen Waffenmissbrauch“ eingebracht. Der heute von Ihnen vorgelegte Antrag ist nahezu inhaltsgleich. Sie fordern, dass Waffen und Munition nicht mehr in Privathaushalten aufbewahrt, sondern zentral zum Beispiel in Schützenhäusern gelagert werden sollen.

Diese vermeintlich einfache Lösung ist diskutiert und verworfen worden, weil sie neue Sicherheitsrisiken in sich birgt.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: So ist es!)

Das bestätigte auch der Sachverständige Oberstaatsanwalt Hofius in der Anhörung im Innenausschuss im letzten Jahr. Ich zitiere:

Insgesamt überwiegt das Risiko für die öffentliche Sicherheit und Ordnung bei einer zentralen Aufbewahrung von Schusswaffen gegenüber der gesetzmäßigen Verwahrung in Privathaushalten aus meiner Sicht deutlich.

Die Ansammlung einer großen Anzahl von Waffen und Munition an einem Ort könnte und wird ein Anreiz für Straftäter sein, an Waffen zu kommen. Ich erinnere nur daran, dass bereits in gut gesicherte Munitionsdepots der Bundeswehr eingebrochen wurde.

(B)

In meiner Region gibt es in nahezu jeder Gemeinde einen Schützenverein. Das Schützenhaus steht meist am Rand eines Ortes, und niemand kann die Überwachung und Sicherung eines solchen Waffendepots garantieren und sicherstellen.

(Clemens Binnering [CDU/CSU]:  
Sehr richtig!)

Mit Ihrem Vorschlag würden Sie die Verantwortung für die sichere Verwahrung von Waffen von jedem einzelnen Waffenbesitzer auf jemand anderen verlagern, der dafür zu sorgen hätte, dass nach Schießübungen und Wettkämpfen alle Waffen wieder abgegeben und ordnungsgemäß verwahrt werden. Wer soll solch eine Verantwortung übernehmen? Ehrenamtliche in Schützenvereinen, oder wer soll das sein? Welche Ausnahmen soll es geben, und wie wollen Sie sie – zum Beispiel für Jäger – regeln? Ich halte diesen Vorschlag nach wie vor für nicht organisierbar und auch nicht für praktikabel.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Immerhin machen wir Vorschläge!)

Sie wollen großkalibrige Waffen und Halbautomaten verbieten. Auch das haben wir bei der letzten Novelle intensiv diskutiert, und wir haben uns dafür entschieden, das Mindestalter für das Schießen mit diesen Waffen von 14 auf 18 Jahre zu erhöhen. Die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der SPD zu diesem Thema ausgeführt – ich zitiere –:

Selbst eine Reduzierung des Waffenbestandes im Schießsport auf sogenannte Kleinkaliberwaffen brächte keinen tatsächlichen Sicherheitsgewinn, da auch mit diesen Waffen tödliche Verletzungen herbeigeführt werden können. (C)

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, das überzeugt natürlich!)

Ich teile diese Einschätzung.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt habe ich auch eine Einschätzung über Sie: Ihnen ist doch alles egal!)

Auch die Begrenzung der Anzahl der Waffen in Privatbesitz ist intensiv diskutiert worden. Es ist eine Scheinlösung; denn auch mit nur einer Waffe kann ein Täter, der zu einem Mord entschlossen ist, seine entsetzliche Tat ausführen.

Die Europäische Union verlangt die Einführung des zentralen elektronischen Waffenregisters bis 2014. Wir haben bei der letzten Novellierung im vergangenen Jahr festgeschrieben, dass wir dieses Register bis Ende 2012 einführen wollen, und damit wird auch eine langjährige Forderung der Gewerkschaft der Polizei erfüllt.

Sie fordern in Ihrem Antrag auch einen besseren Vollzug des Waffenrechts. Diese Forderung ist mit der Einführung verdachtsunabhängiger Kontrollen gesetzlich erfüllt; dies muss aber in den Ländern und den zuständigen Waffenbehörden umgesetzt werden. Hier besteht meines Erachtens noch Verbesserungsbedarf.

(Frank Hofmann [Volkach] [SPD]: Sehr gut!)

Unter Punkt 7 Ihres Antrags fordern Sie den „kleinen Waffenschein ... für Kauf und Besitz von Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen“. Für das Führen dieser Waffen ist bereits jetzt der kleine Waffenschein erforderlich, für den eine Zuverlässigkeitsprüfung und die persönliche Eignung erforderlich sind. (D)

Wir gehen mit Ihnen in dem Punkt überein, dass Sie eine Neuauflage der am 31. Dezember 2009 ausgelaufenen Amnestieregelung fordern. Wir halten das für richtig. Bis Ende letzten Jahres sind bundesweit mehr als 200 000 Waffen abgegeben worden. Jede Waffe weniger in unbefugten Händen ist ein wirklicher Sicherheitsgewinn, und jede legal in Besitz befindliche Waffe, die nicht im illegalen Milieu auftaucht, ist ebenfalls ein Sicherheitsgewinn; denn auch das ist Realität in unserem Land: Neben den 10 Millionen legal in Besitz befindlichen Waffen sind vermutlich ebenso viele illegal besessene Waffen im Umlauf.

Die letzte Änderung des Waffenrechts liegt gerade einmal ein Jahr zurück. Vollzugsdefizite sind nicht mit neuen gesetzlichen Regelungen zu beseitigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des  
Abg. Reinhard Grindel [CDU/CSU])

Es gibt technische Entwicklungen und Fortschritte bei Sicherungssystemen für Waffenschränke und Waffen. Wenn diese ausgereift sind, werden wir erneut darüber

**Gabriele Fograscher**

- (A) beraten, ob die Standards im Waffenrecht angepasst werden müssen.

Wir als Politikerinnen und Politiker, aber auch Verbände und Vereine müssen immer wieder an Waffenbesitzer appellieren, sich an die Aufbewahrungsvorschriften des Waffenrechts zu halten, und Verstöße müssen sanktioniert werden.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: So ist es!)

1997 wurde in Großbritannien ein generelles Verbot von Schusswaffen in Privathand eingeführt. Dadurch konnte nicht verhindert werden, dass Kriminelle in den Besitz von Schusswaffen gelangten und dass vor wenigen Wochen in Whitehaven in Nordengland bei einem Amoklauf 12 Menschen getötet und 25 Menschen verletzt wurden.

Meine Fraktion und ich werden zunächst die Evaluierung der Neuregelungen abwarten, wir werden die technischen Entwicklungen beobachten und alle seriösen Vorschläge prüfen, aber wir werden den Menschen nicht vormachen, dass allein mit gesetzlichen Regelungen im Waffenrecht mehr Sicherheit garantiert werden kann und Amokläufe nicht mehr vorkommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP – Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das tun wir auch nicht! Es steht in unserem Antrag, dass das nicht geht!)

(B)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Kollege Serkan Tören für die FDP-Fraktion.

**Serkan Tören (FDP):**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die schockierenden tödlichen Gewaltverbrechen an deutschen Schulen machen immer wieder betroffen. Gerade an einem solchen Tag, an dem Betroffene aus Winnenden dem Bundestag ihre Petition überreicht haben, wird vieles wieder wachgerufen. Ob die Täter nun Schusswaffen oder Messer verwenden, man fragt sich immer wieder: Warum? Was ist in einem jungen Menschen vorgegangen, dass er zu einer solchen Tat fähig war?

Meiner Ansicht nach werden diese Fragen zwar gestellt, aber wir gehen ihnen nicht richtig nach. Wir finden schnell vermeintlich einfache Antworten auf komplizierte Sachverhalte. Statt einer wirklichen Beschäftigung mit der Problematik wird sehr schnell als vermeintliche Lösung eine Verschärfung des Waffenrechts gefordert.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Man kann beides machen!)

Genauso ist es mit dem von Ihnen vorgelegten Antrag, meine Damen und Herren von den Grünen. Sie schreiben zwar – ich darf zitieren –:

Die Prävention von Amokläufen bedarf einer umfassenden Strategie, die der Komplexität des Phänomens gerecht wird. (C)

Allerdings gehen Sie auf diese richtige und wichtige Erkenntnis mit keinem Wort weiter ein. Der Rest Ihres Antrags besteht nur aus Verboten und Geboten.

Was ist mit den gesellschaftspolitischen Fragen? Wie lautet Ihr Lösungsvorschlag dafür, dass Amokläufer den einzigen Ausweg aus ihrer scheinbar ausweglosen Situation in der Gewalttat sehen? Ich vermisse in Ihrem Antrag die Antworten darauf.

(Josef Philip Winkler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Geben Sie doch selber mal welche!)

Mit dem von Ihnen vorgelegten Antrag werden Sport-schützen, Waffensammler und Jäger einem Generalverdacht ausgesetzt.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unsinn! – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo denn? Sie sagen immer nur: Freiheit für Waffen! – Kai Gehring [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welche Lösungen haben Sie eigentlich?)

– Genau das ist der Fall, Herr Wieland. – Aus Sicht der FDP ist das weder gerechtfertigt, noch kann es eine breite und ehrliche Diskussion über die Ursachen von gewalttätigen Handlungen ersetzen, die wir dringend benötigen.

(Beifall bei der FDP)

(D)

Frau Künast, mit Ihren Bemerkungen helfen Sie den Betroffenen aus Winnenden nicht weiter.

(Lothar Binding [Heidelberg] [SPD]: Sie mit Ihren aber auch nicht!)

Nicht die Waffe ist das Problem, sondern der Mensch, der sie einsetzt, Frau Künast.

(Beifall bei der FDP – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Quatsch! So ein Unsinn! Die Waffe ist das Problem!)

Wir Liberalen fordern daher eine Kultur des Hinsehens. In allen Fällen haben Amokläufer ihre Tat angekündigt.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:  
Aber sie hatten auch eine Waffe!)

Allerdings hat niemand etwas bemerkt, oder die vorhandenen Hinweise wurden nicht ernst genommen. Hier gilt es anzusetzen. Eltern, Lehrer und Mitschüler müssen sich kümmern.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum haben wir dann überhaupt ein Waffenrecht, wenn nur der Mensch das Problem ist?)

Die Frage ist, warum Jugendliche in eine solche Situation geraten. Bitte verstehen Sie meine Ausführungen zum gesellschaftlichen Aspekt einer solchen Gewalttat

**Serkan Tören**

- (A) nicht falsch. Auch wir Liberalen halten gesetzliche Regelungen für den Umgang mit Waffen für richtig. Allerdings darf hierbei eines nicht außer Acht gelassen werden: Deutschland hat schon heute eines der schärfsten Waffengesetze. Sicherlich kann man noch das eine oder andere daran verbessern. Sie, meine Damen und Herren von den Grünen, wollen aus unserer Sicht aber nicht das Waffenrecht verbessern; vielmehr wollen Sie die Schraube noch weiter andrehen. Allerdings stellt sich mir die Frage der Wirksamkeit weiterer Verschärfungen im Waffenrecht.

Gerade in Großbritannien hat sich gezeigt – das hat die Kollegin schon angesprochen –, dass schärfere Waffengesetze nicht dazu geführt haben, dass die Zahl der Straftaten mit Waffen gesunken ist. Im Gegenteil, sie ist sogar angestiegen.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt doch gar nicht! Deutlich weniger gewalttätige Menschen!)

– Genau das ist der Fall. Das müssen Sie sich vor Augen führen. Sie sind scheinbar ohne Kenntnis der Statistik in die Diskussion hineingegangen.

Wir als FDP treten dafür ein, dass der Fokus auf dem Vollzug des bestehenden Waffenrechts liegen muss. Denn das beste Gesetz ist ohne entsprechenden Vollzug nutzlos. Was dies angeht, ist die Bundesregierung derzeit dabei, deutschlandweit einheitliche Verwaltungsvorschriften zur Umsetzung des Waffenrechts mit den Ländern zu erarbeiten. Ich möchte ausdrücklich festhalten, dass die Regierungskoalition viel für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger tut.

(B)

Allerdings lehnen wir symbolische Maßnahmen ab. Vorhaben, die entweder zusätzliches Geld kosten oder die Freiheit der Bürger einschränken, ohne einen echten Zusatznutzen zu bringen, sind mit der FDP bzw. der Regierung nicht zu machen.

Leider bringt Ihr Antrag für einen zusätzlichen Sicherheitsgewinn nichts Neues. So fordern Sie unter anderem eine zentrale Aufbewahrung von Waffen, um einen möglichen Missbrauch zu verhindern. Selbst mit vielleicht besserer Sicherheitstechnik wären solche zentralen Waffendepots in Randlagen ein verlockendes Ziel für Kriminelle. Dies zeigt gerade die Tat von Eislingen, bei der ins dortige Schützenheim eingebrochen wurde.

Sie fordern Verbote im Bereich des Waffenrechts. Ob dies eine Lösung ist, bezweifle ich ebenfalls stark. Ein Verbot von Munition mit besonderer Durchschlagskraft würde den Besitz dieser zwar illegal machen, aber glauben Sie wirklich, dass diese Munition in Deutschland dann nicht mehr zu haben wäre?

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine ganz andere Frage, ob man sie überall kaufen kann oder ob sie illegal zu erwerben ist!)

Das erscheint mir als Symbolpolitik ohne wirklichen Sicherheitsgewinn.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann können wir ja das Strafgesetzbuch abschaffen! Daran halten sich auch nicht alle!)

(C)

Das Hauptanliegen der FDP ist stattdessen, wahrhaftig und aufrichtig etwas gegen zukünftige Amokläufe zu unternehmen.

Das Waffenrecht – das hat die Vergangenheit deutlich gezeigt – ist dazu kaum geeignet. Gewaltprävention und -forschung müssen im Vordergrund stehen. Wir brauchen einen nachhaltigen Sicherheitsgewinn, aber keinen reinen Aktionismus, wie Sie ihn heute an den Tag gelegt haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Kollege Frank Tempel für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Frank Tempel (DIE LINKE):**

Sehr geehrte Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Beim Thema Waffenrecht gilt abzuwägen, wie man das berechnete Interesse der Bürgerinnen und Bürger am Schutz auf Leben und auf Unversehrtheit einerseits sowie das Interesse von Waffeninhabern und -nutzern andererseits in Übereinstimmung bringt.

(D)

Die ehrenamtliche Arbeit der Sportschützengruppen und Schützenvereine ist ein wichtiger Beitrag zum Leben der Städte und Gemeinden. Jugendarbeit, sportliche Wettbewerbe sowie die Unterstützung und Ausrichtung von Volksfesten sind auch in unseren Augen ein wichtiger Beitrag für die Gesellschaft. Ebenso wissen wir den aktiven Beitrag der Jäger zum Umweltschutz zu würdigen. Aber: Der Schutz des Lebens wiegt immer schwerer.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Nutzer von Waffen müssen sich dieser Verantwortung stellen. Wir wissen, die meisten Besitzer legaler Waffen machen das auch.

Zunächst einmal haben wir das Problem, dass 10 Millionen legale Waffen unzähliger illegaler Waffen gegenüberstehen. Aktionen zur straffreien Abgabe illegaler Waffen sollten daher unbedingt fortgesetzt und auch entsprechend beworben werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vielschichtiger und daher auch schwieriger ist der Umgang mit legalen Waffen. Dazu gibt es unterschiedliche Auffassungen. Die getrennte Lagerung von Waffen und Munition ist eine Forderung, die auch die Linke hier schon gestellt hat. Die Verhältnismäßigkeit von dafür notwendigen Investitionen und höheren Kosten in Bezug

**Frank Tempel**

- (A) auf die potenzielle Gefahr einer gebrauchsfähigen Schusswaffe ist absolut gegeben.

Inwieweit der Staat Maßnahmen für mehr Sicherheit fördern und diese unterstützen kann, muss untersucht werden. Die Verbände der Waffenbesitzer sollten sich aber weniger über eine steigende Belastung ärgern, als lieber entsprechend ihrer Verantwortung aktiv und demokratisch an Vorschlägen zu Konzeptionen mitarbeiten.

Das Thema der Erbwaffen ist im Antrag der Grünen noch ein bisschen nachzuarbeiten. Waffen im Besitz von Menschen, die keine genehmigte Nutzung beabsichtigen, müssen durch Blockiersysteme oder Abzugsschlösser gesichert werden. Die Waffen werden dadurch nicht zerstört, aber ihre unbefugte Nutzung wird eingeschränkt.

Ein großes Problem ist nach wie vor die unzureichende Kontrolle von legalem Waffenbesitz. Die verantwortlichen Kommunen haben aufgrund ihrer finanziellen Situation doch kaum die Möglichkeit, die notwendigen unangemeldeten Kontrollen in ausreichendem Maße durchzuführen. Diese Kontrollen sind aber notwendig, um Sorglosigkeit und Fahrlässigkeit – Sie werden nicht abstreiten können, dass es das gibt – vorzubeugen.

Nicht zuletzt aufgrund eigenen Erlebens möchte ich deutlich daran erinnern, dass wir endlich ein zentrales Waffenregister brauchen, so wie es auch die Grünen in ihrem Antrag richtigerweise fordern.

(B)

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein Beispiel aus der Praxis, um dies zu verdeutlichen: Aufgrund eines Korruptionsverdachts fand gegen einen bisher unbescholtenen Geschäftsmann eine Durchsuchung in dessen Wohnhaus statt. Der Betroffene war naturgemäß sehr verärgert über die polizeiliche Maßnahme. Dass er zu cholерischen Reaktionen neigte, war den Einsatzkräften vorher bekannt. Nicht bekannt aber war, dass dieser Bürger Waffenbesitzer ist. Erst als im Nachtschrank des Beschuldigten eine geladene Handfeuerwaffe gefunden wurde, war allen die potenzielle Gefahr klar.

Meine Damen und Herren, ich selbst war der Durchsuchungsführer vor Ort und kann Ihnen deshalb versichern, dass es ein sehr bescheidenes Gefühl ist, wenn man erkennt, dass diese Aktion durchaus auch anders hätte enden können.

Für den Beschuldigten ging es an diesem Tag durchaus um seine wirtschaftliche Existenz. Kurzschlussreaktion und Gelegenheit in Kombination sind gefährlich. Darüber dürften wir uns einig sein.

Im Übrigen ist es auch bei Bedrohungslagen enorm wichtig, dass Einsatzkräfte sehr schnell wissen, ob Gefährder an Waffen kommen können – zum Beispiel durch das Elternhaus oder Großeltern – und um welche Waffen es sich dabei handelt.

Legale Waffen sind in Deutschland in 570 Regionalbehörden registriert. Nicht überall hat die Polizei direkten Zugriff darauf. Dieser Unsinn muss beendet werden. Deshalb noch einmal: Wir brauchen endlich ein zentrales Waffenregister, und zwar nicht erst im Jahr 2012, sondern so schnell wie möglich.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Großen und Ganzen weist der Antrag der Grünen also in die richtige Richtung. Es gilt der Satz: Der Worte sind genug gewechselt, lasst uns nun endlich Taten sehen. – Dies möchte ich auch an die SPD richten.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Zu einer Erklärung hat der Kollege Scheer das Wort.

(Reinhard Grindel [CDU/CSU]: Was denn für eine Erklärung?)

**Dr. Hermann Scheer (SPD):**

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will nur kurz etwas sagen, damit hier kein falscher Eindruck entsteht.

Es gibt in der SPD-Fraktion nicht nur mich, sondern auch viele andere, die mit dem, was der Kollege der Grünen zu dieser Frage hier ausführlich dargelegt hat, mehr übereinstimmen. – Ich denke, das sollte hier festgestellt werden.

(D)

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Wir halten jetzt einfach fest, dass das unsere Kriterien für eine Erklärung zur Aussprache nicht erfüllt hat. Wir werten das als Kurzintervention und beenden damit die Debatte.

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/2130 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 33 a und b auf:

- a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Sabine Leidig, Herbert Behrens, Thomas Lutze, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

**Zukunft der Bahn – Bürgerbahn statt Börsenbahn**

– Drucksache 17/652 –

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (f)  
Haushaltsausschuss